

BERLINS SOZIALE BRENNPUNKTE Wie Kieze in die Armutsfalle geraten – und wieder herauskommen können

An Mut gibt's keinen Mangel

In der Sozialstudie fällt Kreuzberg durch. Die Leute leben trotzdem gerne hier – auch mit wenig Geld

Kreuzberg ist mal wieder durchgefallen. Schwer gezeichnet von Armut und Arbeitslosigkeit. So sagt es zumindest die neue Sozialstudie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Bis auf den Bergmannkiez mit seiner zentralen bunten Touristenmeile, der Bergmannstraße, ist ganz Kreuzberg betroffen. In der Kategorie vier, der schlechtesten möglichen Bewertung, wo es keinerlei positive Bewegung und nichts als Stagnation gibt, rangiert beispielsweise Oranienplatz im nördlichen Kreuzberg. Komisch, gerade der sieht weiß beschnitten und von schmuck sanierten Altbaufassaden flankiert, so gar nicht arm und elend aus.

Und ringsherum ist kaum ein Kreuzberger zu finden, der nicht gern hier arbeitet oder lebt. Sie loben die schöne Mischung aus Nationen und Berufen, die Toleranz und Lebendigkeit. „Hier leben kühne, mutige Menschen“, findet ein überzeugter Oranienplatzanwohner, „keine Spießler“. Alle stricken an ihrem eigenen Mythos Kreuzberg aus dem lauschigen Miteinander von Kreativität und Mangel mit.

Gabriele Wede, 41, ist Malerin und arbeitet in der Galerie Maifoto, nur ein paar Schritte vom Platz entfernt in der Dresdener Straße. Das sei hier absolut kein Verliererkiez, sagt sie, „ich habe eher den Verdacht, er wird immer mehr zum Gewinnerkiez“. Das ist genau die Wahrnehmungsschere, mit der der Bezirk lebt. Die Oranienstraße ist Kneipen- und Flaniermeile für Touris aus aller Herren Länder. Viel hipper als die Bergmannstraße. Und wer eine coole Idee hat, will in Kreuzberg leben und arbeiten. Die Gewerbetrieben in der Oranienstraße seien absurd gestiegen, sagt Joachim Semrau vom Modeladen „Allet rund“ in der Dresdener. Und auf der anderen Seite weist die Studie alarmierende Werte gerade bei den türkisch- oder arabischstämmigen Kreuzbergern aus. Sie haben die höchste Arbeitslosenquote und das niedrigste Haushaltseinkommen.

Die Statistik sei grausam, seufzt Joachim Semrau, aber abgesehen vom krasen Junkie-Elend am Kottbusser Tor, kann er sonst keins vor der Ladentür sehen. Der Mann ist überzeugter Kreuzberger. Hier lebten schließlich alle am Existenzminimum, auch Kneipiers, Händler und Künstler. Armut und ein gutes Leben schließen sich nicht aus, ist seine lässige Philosophie. „Bildungsbürger wissen damit umzugehen.“ Und die anderen? „Die haben tatsächlich verschissen“, für die müsse man was tun.

Das sieht auch der grüne Bezirksbürgermeister Franz Schulz so, der seinen Bezirk durch die Statistik nicht diskrimi-



Halb so schlimm. Der Kiez rund um die Oranienstraße gilt als sozial problematische Lage. Geschäftsmann Joachim Semrau vor seinem Modeladen „Allet rund“ in der Dresdener Straße klagt trotzdem über steigende Gewerbetrieben. Foto: Doris Spiekermann-Klaas

niert sieht. Die Daten kennzeichneten den tatsächlichen Entwicklungsbedarf in den Kiezen, sagt er, und fordert eine Bildungskampagne, die besonders die Kreuzberger mit Migrationshintergrund erreichen soll. Gegen die Verdrängung alter Mieter durch Zuzügler mit dickem Portemonnaie soll der Milieuschutz helfen. Schon jetzt bezahlen die Alteingesessenen etwas weniger als die Hälfte ihres Einkommens für das Wohnen. Große soziale Kontraste auf engstem Raum habe es im Bezirk allerdings schon immer gegeben. Früher die Arbeiterhaushalte neben den Bildungsbürgern, jetzt die Arbeitslosen neben der Kreativszene.

Bislang sei das noch ein Miteinander, finden die Leute rund um den Oranienplatz und keine Spaltung in Arm und Reich oder Deutsche oder Türken und Araber. Die meisten zumindest. Die Kellnerin im „Art in chocolat“ am Oranienplatz lebt seit ihrer Geburt hier und kennt niemanden aus dem „türkischen“ Kreuzberg. Das geht dem jungen Dönerverkäufer im Imbiss am Moritzplatz andersrum genauso. An diesem zügigen, noch auf Gestaltung hoffenden Ort versteht jeder, was die miese Kategorie vier bedeutet. Und zwar gut, findet der Türke. „Kumpels, Freundin, alles hier“. Geld habe in den Sozialbauten an der Oranienstraße allerdings keiner. Das bestätigt auch Nina Hipp, 51. Sie verkauft in ihrem Baby-Laden „Steckenpferd“ am besten günstige Kinderwagen. Oder – selten – auch sauteure. Dazwischen tut sich nichts. Die alten intellektuellen Kreuzberger seien kinderlos und die jungen, coolen Zuzügler auch: „Auf der Durchreise halt“, wenn Kinder kommen, zögen sie weg. Der Türke aus dem Imbiss bleibt. „Aus Kreuzberg weg? Niemals“, lacht er.

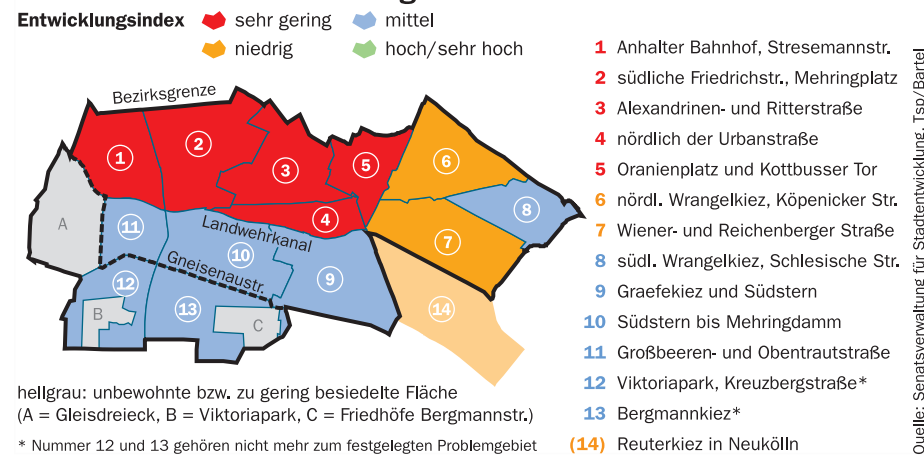
Resignation und Angst zu versagen müssen bekämpft werden – aber wie?

Die größte Aufgabe in den Problemkiezen beschreibt Hartmut Häussermann, Verfasser der Studie, so: „Resignation, Versagensängste, Perspektivlosigkeit müssen bekämpft werden.“ Die größte Gefahr bestehe darin, so der Soziologe weiter, dass in den Kiezen eine neue „Unterschicht herangezogen wird“. Und wenn die Wohnlage über Bildungschancen, Wohlstand oder Arbeitsplatz entscheide, drohe Berlin auch ein enormer volkswirtschaftlicher Schaden.

Quartiersmanager berichten von Kindern, die auf die Frage nach ihrem Berufswunsch, „Hartz-IV-Empfänger“ antworten. Soziales werde vererbt oder erworben. Probleme gebe es, wenn die Eltern ihren Job verlieren oder nie Arbeit hatten und das Leben mit staatlichen Transferleistungen zum Dauerzustand werde. „Wer die Situation dort verändern will, muss deshalb nicht nur auf Baumaßnahmen setzen, sondern sich um die Familien, um die Vorschulen und um die Schulen kümmern“, sagt Häussermann. Und um Ausbildungsplätze. Einfach ausgedrückt, Kinder und Jugendliche müssen von den Straßen und mit ihren Eltern zusammen in die Berliner Gesellschaft zurückgeholt werden.

Die für Stadtentwicklung zuständige Senatorin Ingeborg Junge-Reyer sprach wohl deshalb bei der Vorstellung des So-

Soziale Struktur der Kreuzberger Kieze



Hartz-IV-Umzügler schätzen Hellersdorf

Wegen günstiger Mieten in Plattenbauten kommen viele Arbeitslose an den Stadtrand – andere ziehen fort

Die beiden Teenager auf der Treppe zum Einkaufszentrum „Helle Mitte“ blocken jede Frage nach dem Problemkiez Hellersdorf-Nord ab. „Wir sind Friedrichshainer und gehen nach der Lehre zurück“, sagt die 16-jährige Sandra. „Nur weil meine Eltern Hartz IV bekommen, mussten wir an den Stadtrand ziehen. Schönen Dank.“ Ihre Freundin spricht mit leichtem Akzent. „Mama und Papa waren in Russland Ingenieure. Hier wurde ihr Abschluss nicht anerkannt, so dass sie ohne Arbeit sind. Nur wegen der billigen Wohnung leben wir hier“, erzählt Tanja, die mit ihrer Familie als Spätaussiedler vor vier Jahren nach Deutschland kam.

Solche Geschichten sind typisch für das Leben in den nördlichen Randgebieten

von Marzahn und Hellersdorf, die laut der Senatsstudie zu den Gebieten mit „einer hohen Problemdichte“ gehören. Die Arbeitslosenquote liegt bei 14,6 Prozent, bei den 15- bis 25-Jährigen suchen 9,6 Prozent einen Job. Laut einer gerade fertiggestellten Untersuchung für das kommunalpolitische Forum wachsen 45 Prozent der unter 15-jährigen Kinder des Bezirks Marzahn-Hellersdorf in Hartz-IV-Haushalten auf, bei Kindern unter sechs Jahren sind es sogar mehr als die Hälfte.

Eine Erklärung könnte im starken Umzug von Hartz-IV-Familien aus anderen Berliner Stadtteilen nach Hellersdorf liegen. „Mein Job-Center in Berlin-Mitte hat mir zu einer billigen Wohnung am Stadtrand geraten“, sagt Dieter S. „Drei Zim-

mer in einer renovierten Platte kosten hier 480 Euro. Zwar wollte die Arbeitsagentur laut Hartz-IV-Satz nur 451 Euro zahlen, aber dann willigte der Vermieter ein und reduzierte die Miete. Er ist froh, dass die Wohnung nicht leer steht.“

Tatsächlich sind seit der Wende in den Großsiedlungen des Bezirk 28 Prozent der Bevölkerung ausgetauscht worden. „Die gut verdienenden Menschen haben uns verlassen, während nun vor allem arme Schichten das Bild dominieren“, sagt Klaus-Jürgen Dahler, Vorsitzender der Linken-Fraktion in der Bezirksvertretungsversammlung. „Leider macht ein großer Teil der Jugendlichen keinen Schulabschluss. Sie finden keinen Ausbildungsplatz und landen in der Arbeitslo-

sigkeit.“ Problematisch sei die Lage der Spätaussiedler aus Russland, die in Marzahn-Nord fast ein Drittel der Einwohner stellen. „Die Jugendlichen passen sich gut an, verlassen aber oft den Bezirk, weil sie hier keine Arbeit finden“, erklärt Dahler.

Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (Linke) wehrt sich gegen eine Abstempelung der Problemkieze als „Elendsquartiere“. Schon rein äußerlich treffe diese Bezeichnung nicht zu. „Wir haben hier eine vergleichsweise hohe Jugendarbeitslosigkeit und einen zu hohen Anteil von Kindern, die unter Hartz IV fallen.“ Deshalb werde das Quartiersmanagement mit Hilfsangeboten für die Betroffenen ausgebaut. CLAUS-DIETER STEYER

VON RALF SCHÖNBALL

Armut, Arbeits- und Chancenlosigkeit – diese Probleme ballen sich auf der sozialen Landkarte Berlins in fünf Gebieten. Teile von Kreuzberg, Moabit/Wedding, Spandau, Marzahn/Hellersdorf sowie Neukölln sind tiefrot gefärbt im „Monitoring soziale Stadtentwicklung“, das die Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer vorgestellt hat. Darin steht auch: Der Abstand zwischen guten und schlechten Lagen in der Stadt wächst. Deshalb will der Senat nun die Förderungen bündeln und gezielt in diese Gebiete lenken. Doch Quartiersmanager und Soziologen bezweifeln, dass diese Maßnahmen allein ausreichen.

Rund 50 Millionen Euro stehen jährlich für die „Aktionsräume plus“ zur Verfügung, sagte Senatorin Junge-Reyer. Das seien 20 Millionen Euro mehr als vor zwei Jahren. Allerdings zeigt die Analyse der sozialen Lage, die ebenfalls auf Zahlen von vor zwei Jahren beruht, dass viele schwierige Quartiere viel weniger vom damals noch stabilen Wachstum der Wirtschaft in Berlin profitierten als die besser gestellten Kieze.

Und die Auswirkungen der schlechten Konjunkturlage treffen die Brennpunkte besonders hart: Weniger Jobs wegen geringerer Umsätze im Berliner Einzelhandel, fast sieben Prozent weniger Umsatz bei den Industriebetrieben. Nur bei den Dienstleistungen bleibt die Lage stabil – doch oft sind das qualifizierte Jobs, nichts für Menschen in sozialen Brennpunkten.

Die größte Aufgabe in den Problemkiezen beschreibt Hartmut Häussermann, Verfasser der Studie, so: „Resignation, Versagensängste, Perspektivlosigkeit müssen bekämpft werden.“ Die größte Gefahr bestehe darin, so der Soziologe weiter, dass in den Kiezen eine neue „Unterschicht herangezogen wird“. Und wenn die Wohnlage über Bildungschancen, Wohlstand oder Arbeitsplatz entscheide, drohe Berlin auch ein enormer volkswirtschaftlicher Schaden.

Quartiersmanager berichten von Kindern, die auf die Frage nach ihrem Berufswunsch, „Hartz-IV-Empfänger“ antworten. Soziales werde vererbt oder erworben. Probleme gebe es, wenn die Eltern ihren Job verlieren oder nie Arbeit hatten und das Leben mit staatlichen Transferleistungen zum Dauerzustand werde. „Wer die Situation dort verändern will, muss deshalb nicht nur auf Baumaßnahmen setzen, sondern sich um die Familien, um die Vorschulen und um die Schulen kümmern“, sagt Häussermann. Und um Ausbildungsplätze. Einfach ausgedrückt, Kinder und Jugendliche müssen von den Straßen und mit ihren Eltern zusammen in die Berliner Gesellschaft zurückgeholt werden.

Die für Stadtentwicklung zuständige Senatorin Ingeborg Junge-Reyer sprach wohl deshalb bei der Vorstellung des So-

zialmonitorings davon, „dass diese Quartiere die besten Schulen der Stadt“ bekommen müssten. Auch Bildungs- und Chancengleichheit forderte sie. Doch das beste Mittel gegen die Trennung von bildungsnahen und bildungsfernen Kindern, diese mit Schulbussen gleichmäßig im Stadtgebiet zu verteilen, lehnt sie ab. „Mehr Lehrer habe ich auch nicht gefordert“, stellte sie außerdem klar. Was also will sie?

„Durch die Ausweisung der Aktionsgebiete Plus müssen wir das Geld nicht mehr nur innerhalb einzelner, förmlich festgelegter Fördergebiete ausgeben“, sagt Martina Pirch. Sie ist die Leiterin des neuen Referats „Soziale Stadt“, zu dem nun auch das Ressort „Stadtumbau“ gehört und verfügt über ein Budget von 50 Millionen Euro. Kritiker dieser Minireform in Förderung und Verwaltung nennen das eine „Luftnummer“. Der größte Teil des Geldes komme aus Programmen des Stadtumbaus, der Städtebaulichen Förderung oder des Denkmalschutzes – für die eigentlich erforderlichen, durchgreifenden sozialen Eingriffe stünden nur die bekannten und zu knapp bemessenen Töpfe für „Quartiersmanagement“ und für „Bildung im Quartier“ bereit.

Albrecht Hirsch, beim Senat für die neuen Aktionsräume zuständig, glaubt dennoch an einen erfolgreichen Neuanfang: „Wir haben die Akteure vor Ort, von Quartiersmanagement und Bezirk um Vorschläge und Anregungen dazu gebeten, was getan werden sollte, aber bisher nicht gefördert werden konnte.“ Eine gemeinsame Ideenbörse für alle Gebiete soll da wohl entstehen. Noch ist nicht alles ausgewertet. Aber ein Beispiel ist der Ausbau einer bereits jetzt erfolgreichen Stadtelemente- und Sprachförderung von Familien in ein größeres Modellzentrum, das sich auch über das Viertel hinaus öffnen könnte. Ein zweites Beispiel: Mit der Polizei habe man „Angsträume“ im Kiez identifiziert, die nun umgestaltet werden, damit Straßengewalt jedenfalls nicht begünstigt wird. Die Kids von der Straße zu holen, wäre dann der nächste, ungleich größere Schritt.

Die zehn Kieze mit der besten und der schlechtesten sozialen Lage

Rang	Beste soziale Lage	Schlechte soziale Lage
1	Eldenaer Straße (Friedrichshain)	Leopoldplatz (Wedding)
2	Kladower Damm (Spandau)	Soldiner Straße (Wedding)
3	Dorf Wartenberg (Hohenschönhausen)	Treuenbrietzener Str. (Reinickendorf)
4	Biesdorf-Süd (Marzahn)	Wassertorplatz (Kreuzberg)
5	Müggelheim (Köpenick)	Homboldtheim (Wedding)
6	Dahlem (Zehlendorf)	Moritzplatz (Kreuzberg)
7	Alt-Gatow (Spandau)	Reinickendorfer Str. (Wedding)
8	Rahnsdorf (Köpenick)	Boulevard Kastanienallee (Hellersdorf)
9	Isenburger Weg (Spandau)	Treptower Straße Nord (Neukölln)
10	Jägerallee (Spandau)	Helle Mitte (Hellersdorf)

Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Tsp/Reinheckel

SONDERTHEMA

COR

Setzen Sie auf Kaja

Ein gradliniges, kubisches Design mit vielfältiger Nutzung: Das ist Kaja, das Sitzkonzept von COR. Lehnen wechseln von der Senkrechten in die Waagerechte, Hocker werden zu Tischen. Aus sechs Sofaelementen und zwei Hockern erwachsen unzählige Konfigurationen.

Neue Wohnkultur
Exklusives Einrichten in Zehlendorf

Diesen Sonntag geöffnet: 13–18 Uhr

Berliner Straße 9 14169 Berlin www.neue-wohnkultur.de

Öffnungszeiten: Mo – Fr 10–19 Uhr, Sa 10–18 Uhr

SONDERTHEMA

Hochzeitswelten und Valentinstag

++ Wie die perfekte Hochzeit vorbereitet wird ++
++ Außergewöhnliche Geschenkideen für Verliebte ++

Am Sonntag, dem 7. Februar 2010

Jetzt Anzeigen buchen!
Anzeigenschluss: Donnerstag, den 28. Januar 2010
Tel.: (030) 290 21-570 Fax: (030) 290 21-577

DER TAGESSPIEGEL

Kinderrechte erhalten Verfassungsrang

Die notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament ist dafür sicher

Kinderrechte werden künftig in der Berliner Landesverfassung festgeschrieben. Einen entsprechenden Antrag hat am Donnerstag der Bildungs-, Jugend- und Familienausschuss mit den Stimmen von SPD, Linken, CDU und Grünen verabschiedet. Die FDP stimmte dagegen. Der Antrag muss noch im Rechtsausschuss beraten werden. Ende Februar könnte das Parlament die Verfassungsänderung mit der nötigen Zweidrittel-Mehrheit beschließen.

Nach der Reform soll der Artikel 13 der Landesverfassung die Feststellung enthalten, dass jedes Kind ein Recht habe „auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltsame Erziehung und auf den besonderen Schutz der Gemeinschaft vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung.“ Der Staat habe die Rechte des Kindes „als eigenständige Persönlichkeit“ zu achten, zu schützen und zu fördern und trage „Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“

SPD-Jugendpolitikerin Sandra Scheeres nannte die Verfassungsänderung ein „Zeichen für eine kinderfreundliche Gesellschaft, in der Kinder als Subjekte wahrgenommen werden.“ Kindeswohl und Kinderrechte hätten jetzt eine gleichberechtigte Stellung, sagte CDU-Familienpolitikerin Emine Demirbük-Wegner. Grünen-Politikerin Elfi Jantzen hätte gerne in das Gesetz noch das Recht von Kindern auf Partizipation eingefügt, fand dafür aber keine Mehrheit. Die Berliner FDP-Fraktion lehnt wie ihre Bundestagsfraktion eine Verfassungsänderung ab.

Nur die FDP stimmte gegen den Antrag

„Kinderrechte sind auch im Schutz der Menschenwürde im Artikel 1 Grundgesetz berücksichtigt“, sagte Sebastian Czaja. Stattdessen schlugen die Liberalen die Bildung einer Kinderkommission vor, fanden dafür aber keine Mehrheit.

Das Besondere an der Berliner Regelung ist, „dass die Kinderrechte vorbehaltlos gewährt werden“, sagte Christian Pestalozza, Verfassungsrechtler an der Freien Universität. Künftige Gesetzesvorhaben müssten das Kinderrecht miteinbeziehen. Ein aktuelles Beispiel ist die geplante Gesetzesänderung des Immissionschutzgesetzes, wonach Kinderlärm grundsätzlich als zumutbar gelten soll. Bei Leistungsansprüchen werde aber nach wie vor der persönliche Spielraum des Landes abgewogen, sagte Pestalozza. Bevor es zu einer Verfassungsbeschwerde komme, müssten erst alle anderen juristischen Wege ausgeschöpft werden.

CDU und FDP lehnen im Bund die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz ab. Auf Zustimmung dagegen stoßen die Länder Berlin, Bremen und Rheinland-Pfalz mit einer Bundesratsinitiative, wonach die Vorbehalte gegenüber der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 zurückgenommen werden. Deutschland hat 1992 die Konvention nur unter Vorbehalt ratifiziert und erkennt Flüchtlingskindern immer noch den Status als Kind nur bis zum vollendeten 16. Lebensjahr zu, während sie laut Konvention bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres als Kinder mit Anspruch auf humanitäre Hilfe gelten. Schwarz-Gelb hat im Koalitionsvertrag angekündigt, die umstrittene Erklärung zurückzunehmen. SABINE BEIKLER